

**Hier
ist**

DIE LINKE.

**Sofortprogramm
Bürgerschaftswahl 2008**

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

wir überreichen Ihnen hiermit das Sofortprogramm des neu gegründeten Hamburger Landesverbandes DIE LINKE zur Bürgerschaftswahl am 24.2.2008.

Schon jetzt stellen wir fest, dass die mit uns konkurrierenden Parteien auf unsere Ideen reagieren. Unser Auftritt auf der politischen Bühne der Stadt Hamburg wirkt bereits. Das wird sich fortsetzen.

Wir werden mit unserem Einzug in das Hamburger Parlament einen wichtigen Beitrag zur Veränderung der politischen Landschaft leisten.

Das geht nicht ohne Sie!

Deshalb: Mischen Sie sich ein.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch bei uns im Internet oder vor Ort in den Bezirken, an unseren Infoständen und im Landesbüro.

Christiane Schneider Zaman Masudi Herbert Schulz Berno Schuckart
(Sprecherinnen und Sprecher DIE LINKE.Hamburg)

www.hier-ist-die-linke-hamburg.de

Enfremdet und entwürdigt ist nicht
nur der, der kein Brot hat,
sondern auch der, der keinen Anteil
an den großen Gütern der
Menschheit hat.

Rosa Luxemburg

Hamburg für Alle – Sozial und Solidarisch! Sofortprogramm für einen Politikwechsel

Hamburg ist eine der reichsten Regionen in Europa. Zugleich ist die Stadt sozial tief gespalten. Viele Bürgerinnen und Bürger sind arm, nicht trotz, sondern wegen des Reichtums. Wir nehmen das nicht hin und wollen einen neuen Aufbruch für soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Wir sind gegen Sozialabbau, gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste und gegen Renommierprojekte. Wir wollen soziale Gerechtigkeit, ein solidarisch organisiertes Gemeinwesen und eine sozial- und umweltverträgliche Stadtentwicklung.

Das Sofortprogramm der LINKEN.Hamburg ist ein realisierbarer Einstieg in eine andere Politik.

Gegen Armut und soziale Spaltung – Hartz IV muss weg

Auf Landesebene sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die soziale Spaltung und drückende Armut zu bekämpfen. Deshalb:

- Abschaffung der entwürdigenden Ein-Euro-Jobs. **Abschaffung
1-Euro-Jobs**
- Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.
- Keine Zwangsumzüge von Hartz IV-Betroffenen.
- Erhöhung der Mietzuschüsse für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen.
- Einstieg in eine Kindergrundsicherung zur Bekämpfung der Kinderarmut. **Kindergrund-
sicherung**
- Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr sowie freien Eintritt zu öffentlich geförderten Kulturveranstaltungen für Erwerbslose und Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherungen. **Sozialticket**
- Schritte zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, beginnend im öffentlichen Dienst.
- Bundesratsinitiative Hamburgs für die Einführung eines Mindestlohnes von 8 € plus.

In Hamburg ist die soziale Herkunft entscheidend für Erfolg oder Misserfolg in der schulischen Laufbahn. Wir treten ein für ein einheitliches und demokratisches Bildungssystem, damit alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft und unabhängig von ihrem Geschlecht ihre Fähigkeit zur Entfaltung bringen können. Deshalb:

Eine Schule für alle!

- Schrittweise Einführung der »Einen Schule für Alle« mit einem integrierten System von Klasse 1 bis Klasse 10 anstelle des so genannten Zwei-Säulen-Modells. Die veränderte Schulstruktur ist nicht zum Nulltarif zu haben. Eine verbesserte Ausstattung mit qualifiziertem Personal ist dringend notwendig.
- Senkung der Klassenfrequenzen; Abschaffung des Lehrerarbeitszeitmodells.
- Wiederherstellung der Lern- und Lehrmittelfreiheit (z.B. kein Bücher-geld).
- Besondere Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund und ihre Familien sowie für Kinder aus schwierigen Verhältnissen.
- Gebührenfreie Ganztagsplätze mit Verpflegung in Krippen, Kindertagesstätten und Horten. Abschaffung der Kita-Gutscheine.
- Berufsausbildung für alle: Alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger müssen einen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz in einem anerkannten Ausbildungsberuf erhalten. Wer nicht ausbildet, zahlt eine landesbezogene Ausbildungsplatzabgabe.
- Demokratisierung der Hochschulgremien – Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten aller Hochschulmitglieder.

Keine Studiengebühren

- Studiengebühren – in welcher Form auch immer – wollen wir wieder abschaffen. Ein Zwei-Klassen-System bei den Ausbildungsgängen an den Hochschulen lehnen wir ab.

Schluss mit der Privatisierungspolitik

Re-Kommunalisierung

Privatisierung ist Verschleuderung öffentlichen Eigentums! Durch sie beraubt sich der Staat seiner politischen Handlungsfähigkeit. Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur und Mobilität dürfen nicht Marktgesetzen unterworfen werden. Die im Hafen Beschäftigten haben gezeigt: Widerstand ist erfolgreich. Öffentliches Eigentum ist die Voraussetzung für demokratische Gestaltung und Kontrolle.

- Sofortiger Stopp der laufenden Privatisierungen.
- Energieversorger wie die ehemalige HEW (jetzt Vattenfall und E.ON Hanse), der ehemalige Landesbetrieb Krankenhäuser, das ehemalige Pflegen & Wohnen gehören in die öffentliche Hand zurück. Gesundheit ist keine Ware. Pflege muss in Würde stattfinden können.
- Eine Folge der Privatisierung der Energieunternehmen sind die hohen Preise und eine klimafeindliche Unternehmenspolitik. Kein Steinkohlekraftwerk in Moorburg! Keine weitere Energie- und Ressourcenvergeudung.
- Sofortige Abschaltung der Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel.
- Keine Privatisierung öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften, auch nicht von Wohnungen aus deren Bestand. Erhalt und Ausbau eines sozialen Wohnungsbaus.
- Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst.
- Der Senat verschleudert öffentliche Mittel auf Kosten von sozialen Projekten in Renommierprojekte wie Hafencity, Elbphilharmonie und U4. Damit muss Schluss sein.

**Soziale
Projekte statt
Leuchtturm-
politik**

Mehr Demokratie wagen

Die Hamburger CDU hat in allen Bereichen die politische Beteiligung der BürgerInnen zurückgedrängt. Die Hürden für Volksentscheide wurden angehoben, das Wahlrecht und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt, die Mitbestimmung beschränkt. DIE LINKE. setzt sich ein für mehr Öffentlichkeit in der Politik, für mehr Demokratie und Mitbestimmung in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft. Wir wollen ein Hamburg, das Interkulturalität fördert und Integrationsprozesse einleitet. Ein Hamburg, das Migrantinnen und Migranten eine neue Heimat bietet und Flüchtlinge vor Verfolgung und Entrechtung schützt. Deshalb:

**Mehr
direkte
Demokratie**

- Verbindlichkeit von Volksentscheiden.
- Wiedereinsetzung des von den Wählern 2002 beschlossenen Wahlrechts.
- Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit hat Vorrang vor allen Sicherheitskonzepten.
- Erweiterung der Rechte der Personalvertretungen.
- Umfassende Novellierung des hamburgischen Gleichstellungsgesetzes mit dem Ziel, die Rechte und Lebensbedingungen für Frauen zu verbessern und weiter zu entwickeln.
- Die Bezirksversammlungen sind zu wirksamen Kommunalvertretungen zu entwickeln, indem sie ein eigenes Haushaltsrecht und ausreichende finanzielle Mittel erhalten.

- Mehr Mitbestimmung in Schule und Hochschule;
- Die Öffentliche Rechtsberatung (ÖRA) muss für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen ausgebaut, die Beratungshilfe soll auch in Hamburg eingeführt werden;
- Kommunales Wahlrecht für alle in Hamburg Lebenden. Beendigung der Abschiebepaxis durch ein dauerhaftes Bleiberecht von Flüchtlingen;
- Wir bekämpfen alle ideologischen Elemente, die schon einmal die Massenzustimmung zum Faschismus begünstigt haben und heute seinen Weg in die »Mitte der Gesellschaft« ebnen. Wir wollen keine Nazis auf der Straße, keine faschistische Ideologie in den Köpfen, keine alten und neuen Faschisten in den Parlamenten.

**Soziale
Politik ist
finanzierbar**

Unser Sofortprogramm gegen Armut und Ausgrenzung und für soziale Gerechtigkeit ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der öffentlichen Finanzen realistisch und finanzierbar.

Wir fordern eine Umverteilung zu Gunsten der Benachteiligten in dieser Stadt. Allein die Einstellung von weiteren 150 Betriebsprüfern erbrächte zusätzliche Steuereinnahmen. Hamburg könnte darüber hinaus die Grund- und Grunderwerbsteuer sowie die Gewerbesteuer auf das Niveau anderer Städte anheben und sich im Bundesrat für eine Erhöhung der Erbschaftsteuer sowie eine Wiedereinführung einer Vermögensteuer einsetzen. Denn auch große Vermögen müssen einen Beitrag für das Gemeinwesen leisten! Auch auf Landesebene gibt es finanzielle Spielräume durch die positive Konjunktur-entwicklung und die Verbesserung der öffentlichen Finanzen.

**Mindestlöhne
& Bürger-
versicherung**

Die LINKE.Hamburg sieht ihr Sofortprogramm in enger Verbindung mit den Vorschlägen unserer Bundestagsfraktion für einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen eine Rente mit 67, für eine soziale Steuerreform und eine solidarische Bürgerversicherung, die die Elementarbereiche Arbeitslosigkeit, Krankheit, Rente und Pflege umfasst.

**Frieden
& Abrüstung**

DIE LINKE. ist eine konsequente Friedenspartei. Statt weiterer Militarisierung wollen wir eine Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie. Wir treten ein für Abrüstung und eine Kontrolle der Rüstungsproduktion und des Rüstungsexports. Wir lehnen Bundeswehreinätze jeglicher Art im In- und Ausland rigoros ab und setzen uns ein für zivile Konfliktregulierung, für Ursachenbekämpfung und umfassende Krisenprävention im Rahmen verstärkter internationaler Zusammenarbeit.

**Eine andere Welt ist möglich –
auch in Hamburg.**

Mitarbeiten – Mitglied werden!

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Ort und Datum

Unterschrift

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ich erkläre mit meiner Unterschrift dazu mein Einverständnis:

Ort und Datum

Unterschrift

Bei der Gruppierung vor Ort bzw. beim Landesverband Hamburg abgeben oder einsenden an: Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

DIE LINKE

Landesverband Hamburg

Kreuzweg 7

20099 Hamburg

Tel.: 040-226 24 214

Fax: 040-226 24 215

Bürozeiten:

Mo. und Do. 14.00 bis 17.00 Uhr

geschaeftsstelle@

hier-ist-die-linke-hamburg.de

www.hier-ist-die-linke-hamburg.de